

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

55. Sitzung
7. Mai 2020

Beginn: 13.01 Uhr
Schluss: 16.48 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt, wie viele Fachkräfte aufgrund der Vorgaben des Robert-Koch-Instituts – Risikogruppe ab 50 mit relevanten Vorerkrankungen und/oder Immunschwäche – für den künftigen eingeschränkten Regel- und Normalbetrieb in den Kitas nicht zur Verfügung stünden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, man habe zwar eine Übersicht über die Gesamtzahl der Mitarbeiter/innen in den Kitas und über deren Alter, aber nichts über ihre Vorerkrankungen. Rund 30 Prozent der Fachkräfte seien älter als 50; 7,6 Prozent seien über 60.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) nimmt an, dass es in der nächsten Zeit einen größeren Ausfall bei den Erzieher/innen geben werde. Wie solle der – erweiterte – Notbetrieb bzw. Regelbetrieb durch ausreichend Personal sichergestellt werden?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, es gebe Konzepte für die Gestaltung des eingeschränkten Betriebs. Unter TOP 2 werde berichtet. Man habe über 30 Prozent der 170 000 Kinder in der Notbetreuung. Der Betrieb sei noch beschränkt.

Dirk Stettner (CDU) interessiert, mit wie vielen Schulleiter/inne/n die Senatorin in der letzten Woche persönlich gesprochen habe, um herauszufinden, wie die Schulleitungen die weiteren Öffnungen innerhalb eines Tages organisieren könnten.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, sie könne keine Auskunft über die Termine der Senatorin geben. Man habe mit den Schulleiterverbänden die Öffnungsszenarien besprochen. Die Senatorin sei über den Abteilungsleiter mit den Schulaufsichten in Kontakt. Eigentlich könne keine Schule überrascht worden sein, weil kontinuierlicher Kontakt bestanden habe. Über die Schulbriefe auf der Homepage werde transparent für alle kommuniziert. Die Herausforderung sei groß. Man müsse auf Sicht fahren, weil man nicht wisse, wie die Infektionsraten sich entwickelten. Entscheidungen müssten kurzfristig erfolgen. SenBildJugFam richte sich nach Vorgaben des Infektionsschutzes.

Dirk Stettner (CDU) erwidert, zunächst sei der Senat zuständig für die Öffnung von Schulen. Er habe sich in der letzten Woche mit 20 Schulleitungen unterhalten; keine einzige habe ein Gespräch mit der Senatsebene gehabt. Aus keinem Schreiben der Senatsverwaltung gehe hervor, welche Klassen am Montag wieder unterrichtet würden. Dies sei am Vortag um 19 Uhr der Presse mitgeteilt und um 19.37 Uhr korrigiert worden. Wie solle eine Schulleitung innerhalb eines Tages die Schulgremien befragen, einen Gremienbeschluss herbeiführen, diesen mit dem Bezirk abstimmen und dann der Senatsverwaltung mitteilen und gleichzeitig alle Hygienevoraussetzungen schaffen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) legt dar, dass es für die Hausleitung schwierig sei, täglich mit 700 Schulen in Kontakt zu treten. Dafür gebe es die Schulaufsichten. Nichtsdestotrotz befinde man sich im persönlichen Kontakt. Es gehe nicht um Kontakt mit einzelnen Schulleitungen, sondern um den Aufbau von Kommunikationsketten. Daher habe es Gespräche mit den Schulleiterverbänden gegeben. Sie stelle nicht in Abrede, dass es sich um einen organisatorischen Kraftakt handele.

Franz Kerker (AfD) legt dar, dass an der zu 180 Prozent ausgelasteten Kiekemal-Grundschule in Mahlsdorf Container hätten aufgestellt werden sollen. Die Mittel seien genehmigt gewesen. Aber die neue Planung sehe vor, dass die Kinder mit Bussen an einen anderen Standort gekarrt würden, was nicht in deren Interesse sei. Er bitte die Senatsverwaltung, dazu Stellung zu nehmen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) sagt, der schulorganisatorische Sachverhalt sei in dem Schreiben der Eltern korrekt beschrieben worden. Die Defizitsituation in der Region sei gegeben. Die geäußerte Kritik richte sich an die bezirklichen Ämter, hauptsächlich an das Bauamt. Die Senatsverwaltung habe den Bezirk in die Lage versetzt, die notwendigen Kapazitätserweiterungen umzusetzen.

Regina Kittler (LINKE) fragt, warum die Schulen nicht autonom entscheiden könnten, wen sie wann in der nächsten Woche aufnahmen. Müssten alle genannten Jahrgänge ab Montag in der Schule erscheinen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) sagt, in dem Rundschreiben stehe „ab dem 11. Mai“, nicht „am 11. Mai“. Es hätten nicht alle am Montag in der Schule zu sein.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erklärt, der Zwischenbericht der Kommission zur Staatlichen Ballettschule sei in der vorigen Woche vorgelegt worden. Müsse auf Konsequenzen bis

zum Herbst gewartet werden? Wann werde es Entscheidungen geben? Welche Themen würden zuerst angegangen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bemerkt, der Kommissionsbericht zur Ballettschule habe SenBildJugFam sehr beschäftigt. 63 Beschäftigte hätten im November einen Antrag auf Fürsorgepflicht gestellt. Im Januar sei ein Dossier mit anonymen Erklärungen übergeben worden. Am 27. Januar habe es ein Statement der Schüler/innen gegeben. Bei allen Hinweisen sei es um Beleidigungen, sexualisierte Gewalt und Androhung von Repressalien gegangen. Die Kommission habe Kindeswohlgefährdung, Mängel in der Schulorganisation und -kultur usw. prüfen sollen. Die vorgelegten Ergebnisse hätten viele Vorwürfe bestätigt: Es gebe eine Dominanz der Elitenbildung gegenüber der Allgemeinbildung. Die Abschlusssquote sei hoch. Angesichts der vielen Abschlüsse werde die Frage nach der Qualität der künstlerischen Aufnahmekriterien gestellt. Das Konzept der Berufsausbildung sei nicht deutlich. Für die nicht mehr zu künstlerischen Spitzenleistungen Fähigen gebe es keine Alternativmöglichkeiten. Regeln zur Arbeit der schulischen Gremien und Beteiligungsrechte seien nicht eingehalten worden, Gesamtkonferenzen nicht im vorgesehenen Maß zugelassen worden. Die Beteiligungsrechte von Eltern und Schüler/innen seien nicht ausreichend wahrgenommen worden. Es sei nicht bis zum Herbst zu warten. Eine Schulaufsicht vor Ort sei eingesetzt worden. Zwei Schulleiter seien der kommissarischen Schulleitung zur Seite gestellt worden. Mit den unterschiedlichen Gruppierungen würden gemeinsame Gespräche geführt. Es müsse ein Konsens dahingehend geschaffen werden, dass Vorwürfe anerkannt würden und man sich auf den gemeinsamen Weg begeben. Denn man wolle die Schule erhalten. Es sollten weiterhin Spitzenleistungen erbracht werden, aber nicht auf Kosten des Kindeswohls.

Andreas Wild (fraktionslos) sagt, wenn er als Vater erfahre, dass seine Kinder ab dem 11. wieder in die Schule gingen, verstehe er, dass sie am 11. in die Schule gingen. – Es sei vereinbart worden, hier nicht zu fotografieren und zu essen.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) berichtet, dass acht minderjährige Flüchtlingskinder aus griechischen Lagern angekommen seien. Berlin sei bereit, eine höhere Zahl aufzunehmen. Die Kinder seien 12 bis 14 Jahre alt. Sie seien zwei Wochen in Niedersachsen gewesen. Jetzt seien sie gemeinsam in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, dass keine KMK-Sitzung stattgefunden habe, es seien aber viele Beschlüsse gefasst worden. Seit dem 27. Februar hätten zu Corona 16 Telefonkonferenzen auf Staatssekretärebene und 5 auf Ministerebene stattgefunden – mit dem Ziel, ein abgestimmtes Verfahren im Bildungswesen herzustellen. Am 28. April habe die KMK das Rahmenkonzept für die Wiederaufnahme von Unterricht in Schulen beschlossen. Die Schulen hätten die ersten Öffnungen gut bewältigt. Weitere Öffnungen seien vorbereitet. Alle Schüler sollten vor den Sommerferien die Schulen tage- und wochenweise besuchen. Es werde in allen Ländern Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf geben.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) teilt mit, dass die JFMK in Bezug auf den Umgang mit Öffnungen im Kitabereich Abstimmungen vorgenommen habe. Am 28. April sei ein Grundsatzpapier verabschiedet worden, in dem Stufen der Öffnung aufgeführt seien: Erweiterung der Notbetreuung, eingeschränkter Regelbetrieb, Regelbetrieb. Den Ländern würden Möglichkeiten des Fortschreitens anheimgestellt. Auf sozial belastete Gruppen werde Wert gelegt. Die Länder gingen wegen unterschiedlicher Bedingungen unterschiedlich vor. In Berlin hätten über 30 Prozent der Kinder Zugang zu einer Notbetreuung.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0292](#)
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Musik- und
Volkshochschulen und
– für die duale Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Antrag der AfD-Fraktion [0293](#)
Drucksache 18/2595
Verstärkter Schutz gegen häusliche Gewalt in Zeiten
der Corona-Pandemie, Teil 1: Kinder- und
Jugendschutz aufrechterhalten! BildJugFam
- c) Antrag der AfD-Fraktion [0294](#)
Drucksache 18/2597
Gesundheitsschutzkonzept für Berliner Schulen zur
Wiederaufnahme des Schulbetriebs BildJugFam(f)
GesPflegGleich
- d) Antrag der AfD-Fraktion [0295](#)
Drucksache 18/2635
Verlorene Unterrichtszeit kompensieren und
schulischen Lernrückständen begegnen – Kurz-,
mittel- und langfristige Antworten auf den „Corona-
Gap“ auf Schulebene BildJugFam
- e) Antrag der Fraktion der FDP [0296](#)
Drucksache 18/2636
Betrieb der Kindertagesstätten ausweiten – Kinder
fördern – Eltern entlasten BildJugFam

- f) Antrag der Fraktion der FDP [0297](#)
Drucksache 18/2648 BildJugFam
Häusliche Gewalt in Zeiten der Corona-Pandemie: GesPflGleich(f)
Betroffenen schnell helfen!

Dr. Maja Lasić (SPD) meint, TOP 2 a) werde wohl ein regelmäßiger TOP bleiben. Dabei würden nicht jedes Mal alle Bereiche angesprochen, sie sollten aber thematisiert werden. Heute sollten alle Bereiche angesprochen werden.

Franz Kerker (AfD) erklärt zu b), Kinder- und Jugendschutz seien wichtig. Kinderrechte sollten ins Grundgesetz. Staatliches Handeln sollte den Kinder- und Jugendschutz immer berücksichtigen. Vom Senat sei diesbezüglich zu wenig kommuniziert worden. – Zu c): Die AfD-Fraktion würde einen täglichen Schulbesuch bevorzugen; es sollte blockweise am Vormittag und am Nachmittag unterrichtet werden. Es sollten keine Unterschiede nach sozialer Herkunft gemacht werden. Alle Schüler/innen hätten das Recht, beschult zu werden. – In Bezug auf Desinfektionsmittel seien, wie der rbb berichtet habe, die Schulen alleingelassen worden. Auslagen der Schulen sollten erstattet werden. – Zu d): Die AfD-Fraktion unterstütze Projekte wie „Lernbrücken“. Ferien- und Samstagsschule sollten ausgebaut werden, um freiwillig Unterrichtsstoff nachzuholen. Teilweise suboptimal sei die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus gelaufen. Lehrer seien abgetaucht. Jetzt fehle ein elektronisches Klassenbuch. – Die Versetzung sollte nicht restriktiv gehandhabt werden. Allerdings sollte ein Sitzenbleiben möglich sein, wenn die Leistungen schon im Vorfeld schwach gewesen seien.

Paul Fresdorf (FDP) [zugeschaltet] verweist zu e) auf seine Begründung des Antrags in der letzten Plenarsitzung. Man benötige einen Plan, um die Kitas schnell wieder für alle Kinder zu öffnen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erklärt zu f), Frauen, Kinder und zum Teil auch Männer seien durch ansteigende häusliche Gewalt betroffen. Erst bei weiterer Öffnung bekämen viele Opfer häuslicher Gewalt eine Möglichkeit, sich Hilfe zu besorgen. Wichtig sei neben dem kurzfristigen Ausbau von Schutzplätzen die Prävention. Die BIG mache auch Präventionsarbeit an Schulen. Durch den Zuständigkeitswechsel seien Mittel gekürzt worden; dies sei falsch. Sie bitte, die Kürzung zurückzunehmen. Diejenigen, die als Kind häusliche Gewalt erfahren hätten, würden überproportional zu Tätern. Daher sollte die Präventionsarbeit ausgebaut werden, das Personal an Schulen sollte besser vorbereitet werden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) berichtet, dass nach dem 14. März schnell die Systemrelevanz definiert worden sei; dabei seien die Abstandsregeln usw. zu gewährleisten gewesen. Eine strenge Liste sei formuliert worden. In der ersten Zeit habe man innerhalb der Notbetreuung bei 5 bis 8 Prozent gelegen. Man müsse auch den Shutdown bei der Verwaltung beachten. Beim Erstellen der Berufeliste sei man immer besser geworden. Ab dem 27. April habe man eine Erweiterung vorgenommen und auf eine Ein-Eltern-Regelung umgestellt. Die häusliche Betreuungsmöglichkeit müsse weiterhin erschlossen werden. Man sei bei 37 Prozent Inanspruchnahme angekommen. Die Eltern gingen verantwortlich damit um, nicht jedes Kind sei an jedem Tag da. SenBildJugFam könne Hinweise geben, aber keine spezifischen Festlegungen vorschreiben. – Ab 14. Mai sei eine weitere Öffnung vorgesehen, der Zugang für die Vorschulkinder solle ermöglicht werden. Jahrgangsstufen von oben nach unten würden in die Kitas geholt. Es sollte möglichst schnell auch den jüngeren Jahrgangsgruppen

pen ein beschränkter Zugang ermöglicht werden. Auch auf längere Sicht könnten Eltern nicht voll in ihre Berufe einsteigen. Das Entschädigungsgesetz solle jetzt für sechs Wochen gelten. – Man sei dabei, einen Musterhygieneplan für die Kitas zu erstellen. Bestimmte Raumgrößen müssten gewährleistet sein. Es müsse viel desinfiziert werden. Händewaschen müsse zu einem eingeübten Verhalten werden. Man hoffe, damit einer Ausbreitung der Infektion entgegenzuwirken. – Viel Kommunikation sei erforderlich. – Die Träger sagten, dass für weitere Stufen mindestens eine Woche Zeit sein müsse.

Die stationären Einrichtungen seien das Zuhause der Kinder. Diesen habe erklärt werden müssen, warum sie nicht mehr rauskönnten. Das Fachpersonal sei einem höheren Risiko ausgesetzt. Man habe Mund- und Nasenschutz besorgen können. – Der Notdienst Kinderschutz sei immer voll funktionsfähig gewesen. Die Krisendienste seien auch in den Bezirken funktionsfähig gewesen. Allerdings seien Kita und Schule als Anlaufpunkt weggefallen. Daher habe es eine gesonderte Kinderschutzkampagne gegeben. Die Hotline Kinderschutz sei mehr als sonst frequentiert gewesen.

Auch die Kinder- und Jugendarbeit sei heruntergefahren worden. Jugendeinrichtungen und Familienzentren seien geschlossen gewesen. Ab 11. Mai solle beschränkt geöffnet werden. Reisen seien noch nicht möglich. Vielleicht könnten im Sommer einzelne innerdeutsche Reisen stattfinden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) sagt, die Eltern müssten wissen, ob mit häuslicher Betreuung auch das Homeoffice gemeint sei. Kitas verlangten Bestätigungen von Arbeitgebern, dass kein Homeoffice möglich sei. Ansonsten nähmen sie Kinder trotz systemrelevanten Berufs des anderen Elternteils nicht auf. – Das Hangeln von Woche zu Woche sei unzumutbar. Die Eltern hätten verdient, dass zumindest die Stufen beschrieben und die Voraussetzungen, unter denen die nächste Stufe greife, geklärt würden. Die Unsicherheit sei eine starke Belastung in der Betreuung. – Dass die Eltern in den nächsten Wochen und Monaten nicht würden in Vollzeit arbeiten können, könne nicht die Antwort sein. Es müsse möglich sein, kreative, neue Wege zu gehen. Über Zeitarbeitsfirmen und andere Lösungen müsse für Personal gesorgt werden. Nach räumlichen Möglichkeiten müsse gesucht werden. Spielplätze könnten vormittags nur durch bestimmte Kitas genutzt werden. Derzeit nicht genutzte Räumlichkeiten müssten in Betracht gezogen werden, um die räumliche Situation zu entspannen. Sie erwarte vom Senat, dass er entsprechend etwas unternehme, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich sei. Frauen trügen momentan oft die ganze Last. Die Kinderbetreuung müsse auf neuen Wegen ausgebaut werden.

Katrin Seidel (LINKE) erwidert, der Antrag der FDP-Fraktion berücksichtige nicht die Interessen der Träger und Beschäftigten. Es werde schon überlegt, wie man andere Räume nutzbar machen könne, aber man habe die Hygienevorschriften. Es sei befremdlich, dass bei der FDP nur die Eltern im Vordergrund stünden. In den Familien sei es nicht nur furchtbar. Es solle Menschen geben, die es genossen, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. – Gebe es für die nächsten Schritte bereits eine Zeitschiene? Korrespondiere dies mit den Lösungen in anderen Bundesländern? Musterhygieneplan-Raumrichtgrößen seien eine Herausforderung. Gebe es bereits konzeptionelle Vorbereitungen dafür, dass die Kita nach den Maßgaben überlaufe? – Ihr seien Fälle bekannt, dass systemrelevante Eltern deshalb weggeschickt worden seien. Werde es Empfehlungen oder eine konzeptionelle Unterstützung durch die Senatsverwaltung geben? – Gebe es eine Testungsstrategie? Seien Testserienreihen beantragt worden? – Der

Kinderschutz sei nicht heruntergefahren worden, es habe im Gegenteil eine Kampagne gegeben. Bisher gebe es keine Alarmsituation. Werde es für die Jugendhilfeträger noch finanzielle Unterstützung geben für Endgeräte, Beschulung in den Einrichtungen und beim betreuten Einzelwohnen? Sei Hilfe von der Schulverwaltung zu erwarten?

Andreas Wild (fraktionslos) schließt sich den Aussagen von Frau Abg. Jasper-Winter an. Die Covid-19-Epidemie sei unwidersprochen am Abebben. Gebe es wissenschaftliche Erkenntnisse, die belegten, dass die Kinder in Kitas und Schulen überhaupt am Infektionsgeschehen teilhätten? Seien Tests in diesen Gruppen gemacht worden? Seien Eltern gebeten worden, solchen Tests zuzustimmen? – Es gebe Eltern, die aufgrund der Unterbringungsschließungen nicht zur Arbeit gehen könnten. Es gebe in diesen Fällen keinen „Kind krank“-Lohnersatz. Denke SenBildJugFam daran, Lohnausfälle zu ersetzen, die durch nicht gewährleistete Kinderbetreuung entstünden? – Gebe es Pläne von SenBildJugFam, wie man bei künftigen periodisch auftretenden Epidemien bei einem Dauer-Homeschooling den in Berlin ohnehin niedrigen Bildungsstand halten könne?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) meint, man befinde sich immer noch in der Krise. Weitere Wellen könnten kommen. Es müsse den Eltern mitgeteilt werden, dass man sich weiterhin in einer schwierigen Situation befinde und dass umfangreiche Rechtsansprüche nicht wahrgenommen werden könnten, sondern dass es weiterhin eine Notbetreuung gebe. Familien seien in einer schwierigen Situation. Es seien kreative Ideen entwickelt worden. Spielplätze seien schnell wieder geöffnet worden. Es gebe temporäre Spielstraßen. In Innenstädten werde Platz für Familien geschaffen. In Familienzentren könnten sich kleinere Gruppen aufhalten. Man habe einen hohen Risikogruppenanteil im Personal. Träger wünschten Richtlinien dazu, wie sie mit Eltern verhandeln könnten. Eine Orientierung wäre wichtig. Studien dazu, wie ansteckend Kinder seien, fehlten. Müssten Tests mit Einverständnis der Eltern erfolgen? Gebe es rechtliche Grundlagen dafür, dass Personal und Eltern in Kitas Mundschutz tragen sollten?

Roman Simon (CDU) sagt, es sei sehr gut, dass der Ausschuss wieder tage. Die Virologen sähen ein Risiko bei 70+, warum sei hier von 50+ die Rede gewesen? – Werde es eine Öffnung nur für Vorschulkinder geben, oder dürften auch Geschwisterkinder kommen? – Sei geplant, auch Kitas zentral mit Desinfektionsmitteln zu versorgen? – Die Eltern befänden sich jetzt in einer Extremsituation. Nur 20 Prozent der Eltern könnten mobil arbeiten. Bei diesen sei die Frage, ob sie arbeiten könnten, wenn kleine Kinder nicht schliefen. Auch die Bildung in der Kita sei sehr wichtig. Das Bildungsprogramm könne nur umgesetzt werden, wenn die Kinder da seien. Gebe es Kontakt zum BeKi? – Bei kleinen Gruppen könne nicht einmal die Hälfte der Kinder täglich in der Kita sein.

Bettina Jarasch (GRÜNE) erklärt, sie sei froh, wenn Kitakinder wieder in Kontakt zur Kita kämen. Aber eine Ausweitung der Notbetreuung und ein jahrgangsweises Wiederhochfahren müssten an Kapazitätsgrenzen stoßen. Möglicherweise würden Infektionsketten verlängert. Man müsse sich entscheiden oder auf neue Räumlichkeiten ausweichen. Gebe es dazu Überlegungen?

Roman Simon (CDU) stellt fest, dass es eine Kapazitätsgrenze gebe. Es gebe Überlegungen von Verbänden, jedem nur noch die Hälfte der Zeit zuzubilligen. Wäre dies eine denkbare Variante?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) behauptet, es gebe einen echten Stufenplan. Man befinde sich an der Schwelle zur jahrgangsbezogenen 3. Stufe. Wenn man in den Jahrgängen nach unten gehe, könne man sich den Plan zehntägig vorstellen. Dass alles wie ein Uhrwerk ablaufe, könne sie aber nicht garantieren. Zu Beginn der Sommerferien würde es dann einen Zugang für alle Gruppen geben. Dies bedeute aber keinen Regelbetriebsplatz, wie er im Gutschein stehe. Man müsse auch Möglichkeiten erschließen, an anderer Stelle zu betreten. Möglicherweise könne in einer Nachbarkita auch durch einen anderen Träger eine Betreuung stattfinden. Je mehr Personengruppen zugelassen würden, desto mehr müsse ggf. der zeitliche Umfang eingeschränkt werden. – Natürlich sei Homeoffice eine berufliche Tätigkeit. Es gebe unterschiedliche Formen von Homeoffice. Dies müsse man besprechen, denn es gebe Kapazitätsgrenzen. Man werde jede Woche neu entscheiden. Man habe ohnehin bereits eine Durchmischung aller Jahrganggruppen.

Je mehr man öffne, desto wichtiger würden Testungsstrategien. Die Wissenschaft gebe noch keine eindeutigen Belege. Kinder könnten Überträger sein, merkten vielleicht aber nichts. Wenn man Kinder teste, müsse die Einwilligung der Eltern eingeholt werden. Wer keinen Test wolle, müsse sein Kind nicht in die Kita bringen. – Ob es einen dauerhaften Epidemiezustand gebe, sei von der Entwicklung eines Impfstoffs abhängig.

Die Bildungsförderung in einem normalen Regelbetriebsumfang sei ein Tagesablauf mit verschiedenen Teilen. Bei weniger Anwesenheit könne die Bildungsförderung nicht den üblichen Raum einnehmen. Aber allein durch das Interagieren finde eine Bildungsförderung statt. – Man habe eine zentrale Bedarfsmeldung für den Infektionsschutz in Kitas angemeldet. Die Verteilung müsse dezentral stattfinden. – Nötige Verstärkung bei der Jugendhilfe versuche man durch den Personalpool abzudecken. Ansonsten bewege man sich in den entsprechenden Kostensätzen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) beharrt auf ihrer Frage nach den Rechtsgrundlagen der Einschränkungen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erwidert, laut Eindämmungsverordnung gebe es eine beschränkte Betreuung in der Kindertagesbetreuung und -pflege; Näheres regele SenBildJugFam.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) entgegnet, dass sie dies für schwierig halte, weil es Streit zwischen Kita und Eltern bringe. Es gebe keine verbindliche Regelung.

Roman Simon (CDU) meint, wenn ein Kitaträger auch eine Jugendeinrichtung betreibe, ergäben sich leichter Möglichkeiten. Es gebe auch von den Bezirken betriebene Jugendeinrichtungen. Werde der Senat die Bezirke dazu anregen, mit den Kita-Eigenbetrieben zu sprechen? Die Kitas hätten keine Mittel, um Räume anzumieten. Was sei mit landeseigenen oder bezirklichen Räumen? Wie würden diese ggf. verteilt? – Nach Möglichkeit sollten Dinge vor Ort gelöst werden. Aber den Kitaleitungen sollte nicht die Entscheidung darüber überlassen werden, wann die Kinder kommen dürften. Die Landesebene sollte die Entscheidung treffen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bekundet Verständnis für den Wunsch nach eindeutiger Klarheit. Man habe 170 000 Kinder von 0 bis unter 7 im System und 2 500 unterschiedliche Standorte. Das Arbeiten werde sehr unterschiedlich wahrgenommen. Soziale

Belastungen und Wohnverhältnisse seien unterschiedlich. All das solle möglichst gut abgedeckt werden. Daher plädiere sie für eine Rahmung, diese heiße im Kern Halbtagsplatz. Wie dieser organisatorisch gestaltet werde, sei unterschiedlich. Es werde einzelne berufliche Situationen geben, wo der Halbtagsplatz nicht reiche. – Die Eindämmungsmaßnahmen-VO habe Bestand. Das Regelhafte sei eingeschränkt.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bemerkt, dass man verbindliche Rechtsverordnungen für alle brauche, wenn in Grundrechte eingegriffen werde. Eine Maskenpflicht müsse geregelt werden. Eine dauerhafte Beschränkung des Zugangs auf Bildung müsse gesetzlich geregelt werden. Man brauche auch Flexibilität. Ein Austausch über Best-Practice-Modelle sollte organisiert werden. Die Leitungen arbeiteten oft kreativ und gut.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, dass in Berlin 400 000 Schüler/innen durch über 33 000 Lehrkräfte beschult würden; über 5 000 Erzieher/innen seien an Schulen tätig. Alle seien von den Schulschließungen betroffen. Es gebe eine Notbetreuung wie in den Kitas. Am Anfang seien 1,7 Prozent der Kinder in der Notbetreuung gewesen; derzeit seien es 7,2 Prozent. In der Notbetreuung finde auch Wissensvermittlung statt. Ziel sei, die Kinder und die Eltern in der schwierigen Lage zu unterstützen. Der Schulbetrieb werde auf Grundlage des Schreibens vom 16. April aufgenommen. Die Abiturprüfung werde durchgeführt. Die Schulen hätten nach den Vorgaben des Infektionsschutzes gehandelt. – Man habe einen Musterhygieneplan Corona entwickelt. Was eine verstärkte Aerosolproduktion fördere, sei verboten. Es gebe keine Chorproben. Viele Schulen hätten ein Einbahn-System umgesetzt.

Man sei am 27. April mit dem 10. Jahrgang zu den Prüfungsvorbereitungen gestartet, am 4. Mai mit Jahrgangsstufe 6. Dieses Schulhalbjahr sei ein besonderes. Es könne kein Unterricht wie gewöhnlich stattfinden. Es werde abwechselnd Präsenzunterricht und Lernen zu Hause geben. Es werde kein sukzessives Aufwachen geben. Spätestens bis zum 29. Mai solle jedes Kind wieder physischen Kontakt mit der Schule gehabt haben. Dafür seien Schicht- und Blockmodelle sowie zeitversetzte Angebote erforderlich. Sie danke den Bildungsstadträten, die mitmachten.

13 000 Schüler/innen befänden sich in der Notbetreuung. Die Alleinerziehenden seien auch anspruchsberechtigt. Es seien Kinder aufgenommen worden, deren Betreuung unter Gesichtspunkten des Kinderschutzes notwendig sei. Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf müssten Präsenzunterricht erhalten. Den Schulleitungen werde viel Freiheit eingeräumt. Momentan hätten die Schulen nur rund 75 Prozent ihres Personals. Im Rahmen des Möglichen werde Personal in stationäre Einrichtungen gegeben, um Unterricht abzuhalten.

Man habe den Schulen 5 000 Liter Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt. Die BIM versorge die beruflichen Schulen zusätzlich mit Desinfektionsmittel. Es genüge, einen Tisch mit Seifenlauge abzuwischen.

Die 12 bezirklichen Volkshochschulen seien seit dem 17. März geschlossen. Es finde kein Präsenzbetrieb statt. Über die VHS-Cloud könnten 200 Onlineangebote stattfinden. Das Service-Zentrum der VHS unterstütze die technische Bereitstellung für den Ausbau des Onlineangebots und biete Fortbildungen an. Die Häuser blieben mindestens bis zum 31. Mai geschlossen. Die Honorarkräfte hätten bis 3. Mai eine Fortzahlung erhalten. Diese Regelung sei bis zum 31. Mai verlängert worden.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) meint, man müsse in der Krise eine Vorstellung von einer qualitativen Steuerung des Mischbetriebs entwickeln. Man könne nicht jede Schule allein laufen lassen. Was mache die Schulaufsicht z. B. zum Ausgleich zwischen Schulen mit einer unterschiedlichen Anzahl anwesender Lehrkräfte? – An den Gymnasien müsse das Probejahr ausgesetzt werden. Risikogruppe bedeute nicht, dass man nicht arbeiten könne. Wenn man aus der Krise eine Chance machen wolle, sei es falsch, in Jahrgängen zu denken, wenn man über Stufen oder Wiederinbetriebnahme rede. Sie wolle nicht zurück zum alten Zustand. Man müsse und sollte die neue Normalität durchdenken. Digitalisierung könne nicht nur Online-Lernen heißen, es gehe um Blended Learning. Für alle müsse es immer eine Mischung aus Präsenzangeboten und Onlineformen geben. Es könnten neue Formen entwickelt werden, die man beibehalten wolle. Es gehe nicht um Effizienz und Stoff. Es gehe um neue Lernformate, andere Arten von Lernen und damit um Schulentwicklung. Man müsse verschiedene Szenarien denken. Dann müsse man nicht immer von Woche zu Woche hecheln.

Wie weit sei das Tablet-Programm in der Ausgestaltung gediehen? Was könnte außer Bundesmitteln in dem 500-Mio.-Euro-Programm sein? Was machten die arbeitsrechtlichen Klärungen mit den Dienstkräften im Hinblick auf die Diskussion um E-Mail-Adressen? Gebe es einen Infektions-Ablaufplan? Könnten die Honorarkräfte wieder arbeiten? – Alphabetisierungskurse könnten nicht online angeboten werden. Warum könnten die VHS nicht wieder in Betrieb gebracht werden? Man könne die Honorarkräfte nicht ewig weiterbezahlen, ohne dass sie arbeiteten.

Dirk Stettner (CDU) bestätigt, dass alle Stadträte sich bemühen, in Kontakt mit den Schulen zu sein und diese zu unterstützen. Von der Landesebene höre er das Gegenteil. Die Verantwortung werde von oben nach unten delegiert, die Umsetzung werde nicht unterstützt. Der Musterhygieneplan sei in weiten Teilen nicht umsetzbar. Z. B. hätten die Handwaschbecken einen zu geringen Abstand. An vielen Schulen gebe es immer noch kein warmes Wasser. Pädagogisches Personal müsse eingesetzt werden, um den Toilettengang auf Abstand zu kontrollieren. Die angesprochenen Einbahnstraßen seien oft nicht umsetzbar. – Zum digitalen Lernen werde vorgeschrieben, was Lehrkräfte alles nicht dürften und zu beachten hätten, anstatt für eine Applikation zu sorgen, die funktioniere, ein Kontingent bereitzustellen und ein Log-in zu geben. Auch hier würden die Schulen alleine gelassen. – 30 bis 50 Prozent des Lehrkörpers seien momentan aufgrund eigener Risikobeurteilung nicht im Schulbetrieb. Um diese einzubinden und mit Schulgremien Entscheidungen treffen zu können, bräuchte es eine klare rechtliche Vorgabe, wie digital Abstimmungen durchzuführen seien. Diese fehle bisher. – Schule und Eltern seien über die anstehende Öffnung lange im Ungewissen gelassen worden. – Die 5 000 Liter Desinfektionsmittel seien eine Shownummer. 1 000-Liter-Gebinde dürften an Schulen nicht gelagert und ohne Fachausbildung nicht abgezapft werden.

Im nächsten Schuljahr werde es voraussichtlich keinen normalen Betrieb geben. Wie gehe man mit Risikogruppen und Unterrichtsinhalten um? Was mache man in den Sommerferien? Wie Sorge man für einen integrierten Unterricht? Wie bilde man die Lehrkräfte? Wie Sorge man für verpflichtende Fortbildungen in den Sommerferien, damit die Lehrkräfte danach digital weiter seien? Von der Senatsbene gebe dazu nichts. – Warum würden nicht auch die freien Schulen eingebunden, damit auch diese Anträge stellen könnten und nicht weiterhin diskriminiert würden?

Regina Kittler (LINKE) fragt, warum der Musterhygieneplan keine gesonderten Regeln für Schulhelfer/innen und Sonderschulen für Schüler/innen mit unvermeidbarem Körperkontakt enthalte. Gebe es Modellrechnungen für die einzelnen Schularten, inwieweit Personal, Räume und Ressourcen unter Berücksichtigung der Rahmen- und Infektionsschutzbedingungen reichten? – Sei durch die Bezirke geklärt, dass eine Tagesreinigung an den Schulen stattfindet? – Inwiefern sei es gerechtfertigt, dass Dienstkräfte aus Risikogruppen in den Schulen arbeiten dürften, wenn sie sich dazu bereiterklärten? – Sei mit der BVG abgestimmt, dass die Oberstufenschüler den ÖPNV so nutzen könnten, dass sie nicht gedrängt stünden? – Treffe es zu, dass die Schulen innerhalb der nächsten Woche die 1. Klassen wieder aufnehmen könnten? – Sei mit den 26 Caterern das Hochfahren des Schulessens abgestimmt worden? – Wie sei die Vergabe der 9 500 Tablets geregelt? – Gebe es weitere Pläne für den Lernraum? Wie sei die Fortbildung für Lehrkräfte vorgesehen? – Wie werde bei Positiv- und Verdachtsfällen verfahren? – Würden regelhaft Tests durchgeführt? Inwiefern sei dies vorbereitet? – Sei das Probejahr an den Gymnasien noch gerechtfertigt?

Die AfD-Fraktion habe offenbar Vorschläge der Koalitionsparteien ausgewertet und daraus Anträge gemacht. Diese würden nicht benötigt. Alles Aufgeschriebene laufe bereits. Die verlorene Unterrichtszeit könne nicht kompensiert werden. Die schulinternen Curricula müssten durch Schulen und Fachbereiche überarbeitet werden. Der unbedingt zu erlernende Inhalt dieses Halbjahrs müsse in das nächste Schuljahr übertragen werden. Es gehe um Grundlagewissen und Kompetenzerwerb. – Die Anträge seien abzulehnen.

Dr. Maja Lasić (SPD) meint, es solle nicht ausschließlich in Jahrgängen gedacht werden. Man solle sich an den Bedarfen der Schüler orientieren. Dem folge die Verwaltung. – Wie könnten die Schulen auswählen, wem sie zusätzlichen Präsenzunterricht gewährten? Wie verzahne sich dies mit dem restlichen Unterricht und der Notbetreuung? – Für die Meisten werde es eine Mischung aus Präsenzunterricht und Beschulung zu Hause geben. Wann werde ein Leitfaden für die Beschulung zu Hause vorliegen? Wie verbindlich werde er sein? Wodurch seien Mindeststandards gewährleistet? – Werde es zwei Systeme für die Erstellung der Förderprognose geben? Wie seien diese in Einklang zu bringen?

Wie funktioniere die Koordinierung der VHS durch die Servicestelle in Bezug auf die Wiederaufnahme des Betriebs? Welche Kurse würden stattfinden? – Wäre für VHS-Dozent/inn/en, bei denen die Regelaufnahme der Arbeit nicht möglich sei, die Erweiterung der Programme für Soloselbstständige auch für Lebenshaltungskosten nicht ein guter Weg?

Bettina Jarasch (GRÜNE) legt dar, dass die Kriterien für Präsenzunterricht für fast alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen zuträfen. Sie hätten Sprachförderbedarf, meist keinen Zugang zum Internet, keine Raumsituation, um zu lernen, usw. Sie verstehe daher nicht, warum Willkommensklassen nicht schleunigst in die Schulen zurückgeholt werden sollten. Es gebe viel mehr Kinder, die dringend den Kontakt zur Schule bräuchten. Alle sollten zurückgeholt werden, wenn auch nur für wenig Stunden in der Woche. SenIAS könne die Probleme nicht allein lösen. Es würden zusätzliche Räume benötigt. Man werde aus Landesmitteln eine neue Normalität unterstützen müssen. Sonst gingen viele Kinder dem Bildungssystem dauerhaft verloren.

Andreas Wild (fraktionslos) erwidert, alle Kinder bräuchten die Schule, nicht nur die sozial eingeschränkten oder die mit Fluchthintergrund. – Die WHO lobe den Umgang des Staats

Schweden mit der Coronakrise. Der Chefepidemiologe Anders Tegnell halte die pauschale Abschottung an Grenzen und Schulschließungen für sinnlos. Habe SenBildJugFam Kontakt zu SenGPG aufgenommen, um dem Best-Practice-Beispiel Schweden nachzueifern?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) meint, es gebe momentan kein Homeschooling; vielmehr würden Arbeitsmaterialien per E-Mail oder über eine Cloud zugesandt, die ein Elternteil im Homeoffice beizubringen versuche. Dies sei kein Zustand. Eine Erleichterung wären Videokonferenzen von Lehrkräften mit einer Schülergruppe. Es gebe Empfehlungen, welches Videokonferenztool, z. B. Jitsi, datenschutzsicher sein solle. Inwieweit berate der Senat die Schulen und fordere ein, dass Videokonferenzen stattfänden, und schule die Lehrkräfte?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, ob in den Schulen der Schwerpunkt auf der Notbetreuung liege oder auf der Präsenz aller Kinder. Die Wünsche von Eltern seien unterschiedlich. Aus Elternsicht wäre eine Planungssicherheit wichtig. – Sie habe in der Stadt Schülergruppen gesehen, die zusammengestanden und geredet hätten. Man könne Kinder nicht die ganze Zeit steuern. Sie wolle das für ihre Kinder nicht. Kinder hätten sich viel zu erzählen. Man müsse deshalb von der genauen Durchtaktung Abstand nehmen. Man müsse realistisch sein, eine komplette Steuerung sei unmöglich. – Förderprognosen könnten nicht nachgeholt werden. Jetzt sollten viele Klausuren geschrieben werden; das mache Kinder unruhig. Beim Probejahr dürfe es keine Nachteile geben, es solle großzügig verfahren werden.

Franz Kerker (AfD) teilt mit, dass er seit sechs Wochen Grundschullehrer seiner beiden ältesten Söhne sei. Es treffe nicht zu, dass man Stoff nicht nachholen könne. Man habe seit Jahren viel Unterrichtsausfall, weshalb viele Eltern ihre Kinder zu Nachhilfefirmen schickten. Plane das Land, Nachhilfemöglichkeiten zu schaffen, damit allen geholfen werde, nicht nur Begüterten? Dazu müsse man über den kleinen roten Tellerrand hinausblicken.

Paul Fresdorf (FDP) [zugeschaltet] sagt, er habe zunächst befürchtet, dass Abg. Kerker jetzt nach E13 bezahlt werden wolle. – Er schließe sich den Fragen von Frau Abg. Remlinger an. – Es erschüttere ihn, dass man so schlecht auf die Situation vorbereitet gewesen sei. Schulen in freier Trägerschaft schafften es, täglich digitalen Unterricht zu erteilen. Warum könne das Land dies nicht organisieren? Er habe erlebt, dass der Videounterricht nach dem Umschalten von einem privaten auf den Schulserver nur noch kläglich funktioniert habe. Die Infrastruktur müsse besser ausgestattet werden. Dafür sollte die Sommerpause genutzt werden. Danach müsse Schule besser funktionieren als bisher. – Sei es gelungen, die Förderkriterien beim Digitalpakt zu ändern, damit die Bundesmittel auch ohne Medienkonzept eingesetzt werden könnten?

Regina Kittler (LINKE) beantragt eine Verlängerung der Sitzungszeit.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass weitergetagt werde.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) meint, offenbar bemühten alle sich darum, möglichst viele Kinder in die Schule zu holen und gleichzeitig keine allzu großen Zwänge innerhalb der Schule aufzubauen. Dabei seien die Vorgaben des Infektionsschutzes einzuhalten – das diktiere das Vorgehen von SenBildJugFam. Nur unter dieser Vorgabe organisiere man momentan die Schule. Man könne in der Schule vorleben, wie Abstandsregelungen ein-

zuhalten seien. Die Senatsverwaltung könne aber nicht für das verantwortlich gemacht werden, was vor den Schulen geschehe.

Tablets bzw. mobile Endgeräte sollten Schüler unterstützen, die vielleicht nicht die technische Ausstattung hätten. 9 500 Tablets seien bestellt worden. Die Bestellung sei schon vonseiten der Schulen überzeichnet. Man wolle weitere Bestellungen auslösen. Wichtig sei auch der Internetanschluss, den nicht alle hätten.

Wenn man von der BuT-Quote ausgehe, lebe jedes dritte Kind in Berlin in Armut. 100 000 Kinder seien BuT-anspruchsberechtigt. Wenn man diese, wie von Frau Abg. Jarasch gewünscht, beschulen würde, könnte man den Infektionsschutz nicht mehr realisieren. – [Bettina Jarasch (GRÜNE): Sie haben doch selbst das Ziel vorgegeben, dass es bis Ende Mai sogar weit über diese 100 000 hinausgehen soll!] – Sie habe keine Zielzahl genannt. Die Zahl hänge vom Infektionsschutzgesetz bzw. der Eindämmungs-VO ab. – Willkommensklassen seien nicht homogen. Auch in diesen habe es Schüler gegeben, die erreicht worden seien. Man sei mit Trägern in die Gemeinschaftsunterkünfte gegangen und habe Kontakt gepflegt. Diesen Schülern sollten allerdings besondere Zugangsmöglichkeiten offenstehen. Alle Kinder mit besonderem Förderbedarf würden zunächst aufgenommen.

Im Lernraum gebe es ein Videokonferenztool. Über den „Lernraum Berlin“ könne man Videokonferenzen durchführen.

Die Schulaufsichten unterstützten die Schulen z. B. im Rahmen der Einstellungsverfahren. Denn man befinde sich in den Einstellungsverfahren für das kommende Schuljahr. Die Schulaufsichten unterstützten Abstimmungsprozesse zwischen dem Schulträger zum Mittagessen und zu Reinigungsleistungen. Der Bildungsstadtrat aus Pankow habe sich sofort bereit erklärt, mit Marzahn-Hellersdorf 2 000 Liter Desinfektionsmittel abzunehmen. Mit den Bezirken sei auf Fachebene und im Rahmen der Bezirksstadträtesitzung der Musterhygieneplan besprochen worden.

Fortbildungen seien wichtig. Die zahlreichen Onlinefortbildungen würden weiter ausgebaut. Das Fortbildungskonzept mit der HU werde fortgeführt und ausgebaut. – Gremienbeschlüsse könnten digital im Onlineverfahren gefasst werden. Diesbezüglich sei der Schulbetrieb gesichert.

Was die Förderrichtlinien des Digitalpakts für freie Schulen angehe, so seien diese sehr gut ausgestattet. Die Förderrichtlinie des Digitalpakts werde in Kürze veröffentlicht. – Ebenfalls veröffentlicht werde der Handlungsleitfaden für das Online-Lernen. – Die Erstellung der Förderprognose richte sich nach dem Datum des Wiedereinstiegs der 5. Klassen. Die im 2. Halbjahr gezeigten Leistungen und Kompetenzen seien in vollem Umfang in die Leistungsbewertung und damit in die Förderprognose einzubringen. Das Verfahren zur Erstellung der Förderprognose könne dann ohne Einschränkung sichergestellt werden. Wenn der Unterricht noch nicht so beginnen könne, würden nur die Leistungen der Stufe 6 aus dem 1. Halbjahr des Schuljahrs 2020/21 berücksichtigt.

Das Probejahr bestehe weiterhin. Während der Schulschließung beim Lernen zu Hause erbrachte Leistungen könnten in den allgemeinen Teil der Note einfließen. Diese Leistungen dürften aber nicht zu einer Verschlechterung führen. Während des Präsenzunterrichts erbrachte

te Leistungen würden regulär bewertet. In den Schulschreiben habe man die Möglichkeit gegeben, die Sekundarschul-VO zum Probejahr nicht so restriktiv auszulegen. Wackelkandidaten könnten ins 8. Schuljahr aufgenommen werden.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) erklärt, der Präsenzunterricht sei ganz anders als der vor dem 17. März. Es könne selbstverständlich auch dann eine Förderprognose geben, wenn der Unterricht noch nicht am 11. Mai beginne. Entscheidend sei, dass wieder Menschen in die Schule kämen und Rückmeldungen erhielten, dass neuer Stoff vermittelt und neue Aufgaben gestellt werden könnten. Deswegen kämen auch alle Schüler der Willkommensklassen in die Schule. Aber in welcher Form, an welchem Tag und wann bestimmten die Schulen selbst. Die Senatsverwaltung wolle sicherstellen, dass die Schulen bis zum 14. Mai ihre Planungen bis zum Schuljahresende hätten. Dann wisse man, wie viele Stunden in welchen Fächern die einzelnen Jahrgangsstufen bekämen. Es sei nicht so, dass man keine Leistungen habe. Die Förderprognose könne erstellt werden. Das Probejahr laufe. Bei der Bewertung der Leistungen werde darauf geachtet, dass Schüler/innen möglichst keine Nachteile hätten.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bekräftigt die Wichtigkeit der 1. Klasse. Die Erstklässler müssten möglichst bald in die Schule geholt werden. Die Schulen seien nicht überrascht worden. Bereits am 23. April sei an alle Grundschulen geschrieben worden, dass der Wiedereinstieg die Jahrgänge 1 bis 5 betreffe. Das reiche aus, um sich mit infrage kommenden Modellen zu befassen. – Die Charité habe wegen Tests angefragt. Sie würde den Einstieg in den Schulbetrieb begleiten, weil es noch keine wissenschaftlichen Aussagen dazu gebe, ob Schule ein besonderer Hort der Ansteckung wäre. Dies sei bislang nicht nachgewiesen. Die Senatsverwaltung würde die Studie erlauben, aber nur mit Einverständniserklärung der Eltern. – Man sei auch mit der BVG bzw. der zuständigen Senatsverwaltung im Gespräch. Es sei wichtig zu wissen, welche Quantität an ÖPNV man brauche, um Schüler/innen zu transportieren und nicht in Gefahr zu bringen. – Die Schulen versuchten, Anfangszeiten auseinanderzuziehen. Es gebe mehrere Slots, sodass sich die Lerngruppen nicht begegneten. – Bezüglich der Qualität habe man Best Cases gelistet. Diese fänden sich auch in dem von Frau Abg. Lasić angesprochenen Leitfaden. Dieser sei eine Empfehlung. Die Verpflichtung der Schule zur wöchentlichen Kontaktaufnahme sei in das gestrige Schulschreiben eingegangen. – Mit den E-Mail-Adressen für Lehrkräfte hätten die Beschäftigtenvertretungen befasst werden müssen.

Christian Blume (SenBildJugFam) berichtet, man sei in der Vorbereitung. – Die ersten mobilen Endgeräte seien in Berlin und würden ausgegeben. – Man werde mit schulischen Mailadressen für den edukativen Bereich arbeiten. Demnächst werde man in ein Beteiligungsverfahren gehen. Es seien noch Fragen zu klären.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) stellt klar, dass über den Infektionsschutz nicht die Schule, sondern das Gesundheitsamt entscheide, ob ggf. eine Lerngruppe oder die ganze Schule geschlossen werde. Deshalb solle es möglichst kleine Lerngruppen geben. Auch das Lehrpersonal sollte nicht wechseln. – Der Musterhygieneplan gelte für alle Schulen. Bezüglich einzelner Fragen sei man mit SenGPG im Gespräch.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) sagt, bekanntlich seien Kinder in schwierigen Situationen in ihrem Lernen eingeschränkt. Jetzt sei es in der Schule anders, es sei Abstand zu halten. Es gebe Angst vor Ansteckung. Die Angst sei in den Medien omnipräsent. Es gebe mehr

häusliche Gewalt. Mehr Kinder und Jugendliche seien von Gewalt betroffen. Wie gehe Schule damit um? Wie viel Freiheit gebe man den Schulen diesbezüglich? Welches Konzept habe der Senat, um die Kinder und Jugendlichen aufzufangen?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass durch die Überlänge der Sitzung gegen die Empfehlungen des Krisenstabs des Hauses verstoßen werde.

Dirk Stettner (CDU) erklärt, Bezirksstadtrat Kühne habe 2 000 Liter Desinfektionsmittel übernommen und mithilfe des THW in Buch zwischengelagert, weil sie nicht umfüllbar gewesen seien und in den Schulen nicht hätten gelagert werden können. – Es habe im „Lernraum Berlin“ Ende April 36 000 aktive Nutzer gegeben, dies seien nur ca. 10 Prozent der Schüler/innen und des Lehrpersonals. Tools seien so einzurichten, dass sie von allen benutzt werden könnten. – Zu den Förderrichtlinien für die freien Schulen: Es handele sich um einen Anspruch auf ein Bundesprogramm. Der Senat habe nicht zu entscheiden, ob die freien Träger Mittel erhielten oder nicht. Berlin habe sich schon wieder sechs Monate Zeit gelassen, nachdem es schon als letztes Bundesland die normale Förderrichtlinie umgesetzt habe. – Es sei nicht am 23. April mitgeteilt worden, wann die Schulen welche Klassen zu beschulen hätten. Am 6. Mai um 19.30 Uhr sei per Korrektur der Pressemitteilung darauf hingewiesen worden, dass die 7. Klassen beschult werden sollten.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob es einen Unterschied zwischen der Rückkehr bestimmter Klassen und dem Misch- oder Präsenzbetrieb für 2., 3., 4. Klassen gebe. Die Grünen seien für ein Blended Learning für alle.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) antwortet, es gebe einen Mischbetrieb für alle mit einer Priorisierung. Es könne nicht ein vollständiger Jahrgang aufgenommen werden. Es werde keinen kompletten Präsenzunterricht geben, sondern eine Mischform mit Priorisierung. – Sie setze sich dafür ein, dass die Förderrichtlinie schnell an die freien Schulen komme. Sie würde sich wünschen, dass mehr Schulen den „Lernraum Berlin“ nutzten. Das Tool sei nutzerfreundlicher entwickelt worden. Man werde die Fortbildungskonzepte ausweiten. – In den Schulen werde zunächst miteinander geredet. Nötigenfalls bekämen die Schulen Unterstützung durch die SIBUZe.

Der **Ausschuss** schließt die Beratung zu a) ab, vertagt den Antrag zu c) und lehnt die Anträge zu b), d), e) und f) ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2429
**Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner
Mobilitätsgesetzes**

[0281](#)
BildJugFam
UmVerk(f)
Haupt

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, dass ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

Dirk Stettner (CDU) verweist auf die schriftliche Begründung.

Regina Kittler (LINKE) meint, an der Vorlage müsste eigentlich einiges verändert werden. Man werde Vorschläge an den federführenden Ausschuss weitergeben.

Dr. Maja Lasić (SPD) sagt, man unterstütze das Grundanliegen der Vorlage.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab und stimmt der Vorlage Drucksache 18/2429 zu.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2514
Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-Dozent*innen | 0285
BildJugFam
Haupt |
| b) | Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0631
VHS-Lehrkräfte angemessen und gleich bezahlen | 0104
BildJugFam
Haupt |
| c) | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0675
Erwachsenenbildung stärken: Integrationsarbeit der Volkshochschulen absichern und bei Zukunftsaufgaben unterstützen | 0107
BildJugFam |

Dirk Stettner (CDU) interessiert die Finanzierung.

Regina Kittler (LINKE) stellt klar, dass es sich um eine Willensbekundung handele.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag zu a) zu; er lehnt die Anträge zu b) und c) ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|---|------------------------------------|
| Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses
Schreiben SenBildJugFam – ZS B 6 – vom 15.04.2020
Rote Nummer 2808
Heranziehung von durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze im Einzelplan 10 zur Auflösung Pauschaler Minderausgaben (PMA)
hier: Zustimmung
gemäß § 8 Abs. 6 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021 | 0302
BildJugFam |
|---|------------------------------------|

Stefanie Remlinger (GRÜNE) erklärt, es gehe darum, wie Einsparungen erbracht werden könnten. Der Senat solle nicht anfassen, was die Koalitionsfraktionen eingestellt hätten. Es sei eine Kompromisslinie angezeigt worden. Für 2020 würden 25 Prozent zugestanden.

Regina Kittler (LINKE) bemerkt, dass ein Entwurf für eine Stellungnahme des Ausschusses vorgelegt worden sei. In drei Positionen folge man der Vorlage nicht.

Dirk Stettner (CDU) sagt, dies könne nicht in der kurzen Zeit geprüft werden. Daher werde die CDU-Fraktion sich enthalten.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungsvorschlägen zur roten Nummer 2808 zu.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.